

Digitalisierung und Bürgergesellschaft – Plädoyer für eine Standortbestimmung

Einleitung

Das Stichwort Digitalisierung bestimmt zunehmend die Debatten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Label wie „Arbeit 4.0“ oder „Industrie 4.0“ verweisen oft nur diffus auf den Zusammenhang von Computerisierung, Produktivitätssteigerung, Innovationsstrategien und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Individuum. Während die Infrastruktur für digitale Technologie (Breitbandversorgung, Rechnerkapazitäten etc.) noch dringend einen weiteren Ausbau benötigt, diskutiert man allerorten schon über die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung. Auch in der organisierten Bürgergesellschaft ist das Thema mittlerweile angekommen, ohne dass es bislang eine breite Debatte mit plausiblen Standards gäbe. Bislang dominieren eher punktuelle Diskussionen über einzelne Themen wie zum Beispiel das Potenzial von „Sozialen Medien“ oder auch die Gefahren, die für die politische Kultur entstehen, wenn das Soziale dieser Medien sich durch „Hate Speech“ und Stillosigkeiten aller Art in sein Gegenteil verkehrt. Generell steht die Frage im Raum, was Digitalisierung für das bürgerschaftliche Engagement und seine Akteure bedeutet, wo die Chancen und Risiken liegen und wie man angesichts der Komplexität der technischen Systeme zu einem reflektierten Umgang mit der Digitalisierung kommen kann.

Digitalisierung des Engagements

Wenn wir im Zusammenhang mit der Bürgergesellschaft über Digitalisierung sprechen, reden wir vor allem über veränderte Kommunikationswege und -strukturen. Digitale Medien sind – funktional gesprochen – öffentlich zugängliche Kommunikationsmedien, welche die Nutzer in direkten Kontakt miteinander bringen. Mit ihrer Hilfe lassen sich in nahezu beliebiger Quantität Text-, Bild-, Audio- und Videosignale durch den tendenziell unbegrenzten virtuellen Datenraum senden, den die allseitig vernetzten Computer aufspannen und den man landläufig „Internet“ nennt.

Eine besondere demokratische Qualität entspringt den digitalisierten Medien durch die ihnen eigentümliche Aufhebung des Sender-Empfänger-Modells. Wo früher ein Sender (Redaktionen, politische Akteure, Personen oder Personengruppen mit privilegiertem Zugang) an viele Empfänger Inhalte (neudeutsch: „Content“) sandte, ist jetzt potentiell jeder Empfänger zugleich auch Sender. Von der „One-two-many-Kommunikation“ zur „Many-to-many-Kommunikation“ führt der unumkehrbare Weg, den die sich digitalisierende Gesellschaft eingeschlagen hat. Im Zuge dieser Entwicklung sind „neue Medien“ (Kollaborationsplattfor-

men, Blogs und Micro-Blogs, „soziale“ Netzwerke und Multimediaplattformen wie Youtube, Flickr oder Instagram) entstanden, die – bis vor wenigen Jahren nur einer kleinen Gemeinde von Technikaffinen bekannt – einen scheinbar unwiderstehlichen Siegeszug durch unsere Kommunikationsverhältnisse angetreten haben.

Freilich ist diese schöne neue Welt höchst ambivalent, was etwa unsere politische Kultur angeht. Es stellt sich mithin die Frage, ob beim epochalen Wechsel zur „Many-to-many-Kommunikation“ die demokratischen Möglichkeiten nicht von den Nachteilen aufgefressen werden. Den Vorteilen – wie leichte Verfügbarkeit und Zugänglichkeit, große Reichweite, Aktualität, Benutzerfreundlichkeit und Multimedialität – stehen nämlich erhebliche Probleme – wie der tendenzielle Zerfall der politischen Öffentlichkeit durch „Filterblasen“ und unendliche Nischenbildung, eine die menschliche Reflektionsfähigkeit bei weitem überschreitende Geschwindigkeit der Kommunikation, extrem gesteigerte Komplexität und Unübersichtlichkeit und eine bedenkliche Manipulationsanfälligkeit „Sozialer Medien“ unter den Bedingungen eines bislang miserablen Datenschutzes – gegenüber.

Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, Soziale Medien umstandslos als Heilsbringer einer schönen neuen Bürgergesellschaft zu feiern. Heute wissen wir: Die Entwicklung hat Vor- und Nachteile und bedeutet keineswegs naturwüchsig einen Quantensprung für das bürgerschaftliche Engagement. Andererseits ist die Ambivalenz der Entwicklung auch kein Grund für hemmungslosen Kulturpessimismus. Vielleicht sollte man die um sich greifende „Digitalisierung des Engagements“ zunächst einfach als das betrachten, was sie ist: nämlich als die Geburtsstunde besonderer Kommunikationsinstrumente mit einem technisch eingebauten Demokratisierungspotenzial, das sich indes nicht von alleine entfaltet.

Forum Digitale Bürgergesellschaft

Mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgergesellschaft sind bei der Digitalisierung also vor allem Fragen des Schutzes von Nutzerdaten (Facebook lässt grüßen...), Fragen der Kompetenz im Umgang mit sozialen Medien sowie nach den Folgen einer grassierenden Kommerzialisierung des Internets von Belang. Um zu einer Standortbestimmung zu gelangen, setzt sich das BBE daher für die Einrichtung eines Forums Digitale Bürgergesellschaft ein. Dieses Forum soll innerhalb der Zivilgesellschaft sowie in ihrem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft die Grundlagen für ein gemeinsames Verständnis der Chancen und Risiken der Digitalisierung erarbeiten.

Bislang wurden bereits einige relevante Themen für den geplanten Diskussionsprozess, der in guter BBE-Tradition trisektoral entwickelt werden soll, identifiziert.

- Digitales Engagement

Welche Rahmenbedingungen der Digitalisierung sind wünschenswert? Neue digitalisierte Formen mittels der erwähnten Medien verändern die Kommunikationsstrukturen und machen innerhalb der Vereine, Verbände und Initiativen der Zivilgesellschaft, die damit arbeiten, neue Strategien der Organisationsentwicklung notwendig. Bürgerschaftliches Engage-

ment via Internet und Smart Devices ist nicht gratis zu haben und erfordert Investitionen und Know-How. Zudem stellen sich im Umgang mit vermeintlich „kostenlosen“ Diensten à la Google und Facebook erhebliche Fragen rund um die Themen Datensicherheit und Datenschutz.

- Digitale Kommunikation

Die elektronischen Kommunikationsmedien haben eine neue Informationswirklichkeit geschaffen, die teils die bisherigen Medien und Kanäle verdoppelt und teils neue Formen geschaffen hat. Für zivilgesellschaftliche Organisationen bieten sich damit einerseits viele Wege und Formen der direkten Kommunikation mit der Öffentlichkeit, die jedoch eigene Anforderungen und Risiken segmentierter Kommunikation nach sich ziehen. Hier ist es notwendig, kommunikative Standards zu skizzieren und neue Herausforderungen etwa der Wissensver-schränkung und der komplexen wie auch anschaulichen Kommunikation zu beschreiben. Redaktionell gilt es etwa Narrative der niedrigschwelligen Ansprache bei komplexen Themen und eine verstärkte Bildredaktion für Social Media zu entwickeln.

- Digitalisierung und Demokratie

Mit der Digitalisierung der Kommunikationsverhältnisse waren zunächst erhebliche Demokratisierungshoffnungen verbunden. Die neuen Möglichkeiten bargen die Hoffnung auf mehr Meinungs-austausch, verbesserte partizipative Verfahren und leichteren Zugang zu Information. Allerdings hat sich (einmal mehr!) gezeigt, dass Technik allein nicht automatisch weitergehende gesellschaftliche Demokratisierung nach sich zieht. Dazu bedarf es der Formulierung politischen Willens. Diese Einsicht hat eine Reihe von Prozessen ausgelöst, in denen zivilgesellschaftliche Akteure involviert sind. Open Government Partnership (OGP) und Open Data sind nur zwei Stichworte hierfür. Es stellen sich Fragen der Art, wie Online-Diskurse reguliert werden können („Hate-Speech“-Debatte) oder wie es um das Verhältnis zwischen öffentlicher Allmende und privatwirtschaftlich angeeignetem Wissen (Open Access, Open Source, Bewegungsprofile usw.) steht. Wie steht es um Informanten- und Datenschutz? Welche Arten von demokratischer Legitimation durch digitalisierte Verfahren sind möglich und sinnvoll?

- Modernisierung der Zivilgesellschaft

Die Akzeptanz und Anwendung digitaler Möglichkeiten sind in der Bürgergesellschaft noch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während junge dynamische Organisationen wie „Betterplace“ oder die „Open Knowledge Foundation“ sich mit großer Selbstverständlichkeit in den digitalen Räumen bewegen, fangen viele der traditionellen Organisationen erst an, sich intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ausnahmen wie etwa der Deutsche Land-frauenverband mit seinem Projekt „Digitalisierung 4.0“ bestätigen eher die Regel, als Schule zu machen. Schon an der Gestaltung der immerhin mittlerweile selbstverständlichen Inter-net-Auftritte lässt sich das Verhältnis einer Organisation zur Digitalisierung ablesen (hier ringt auch das BBE selbst noch heftig mit sich...). Die digitale Modernisierung der Zivilgesell-

schaft muss im Zusammenhang mit Fragen nach der nötigen technischen Ausstattung, nach Qualifikation und Fortbildung sowie nach sinnvollen strategischen Herangehensweisen diskutiert werden.

- Digitale Bildung

Der Prozess der Digitalisierung wirft erhebliche Bildungsfragen auf. Die Zivilgesellschaft sollte langfristig nicht nur in der Lage sein, das Internet und seine Möglichkeiten professionell und aufgeklärt zu nutzen, sondern auch aktiv mitzugestalten. Dabei geht es nicht nur um Medienkompetenz im Sinne von technischen Fertigkeiten, sondern im Sinne eines tieferen Verständnisses davon, wie das Web funktioniert und wie sich digitale Projekte und Aktionsformen gestalten lassen. Im Fokus stehen die Herausforderungen, vor denen die „vernetzte“ Bürgergesellschaft heute steht. Dabei geht es neben Bildungsfragen um allgemeine Umgangsformen ebenso wie um die Operationalisierung der täglichen Informations- und Meinungsflut, welche die digitalisierte Öffentlichkeit heute kennzeichnet.

Für das BBE als einer „Meta-Plattform“ wird es etwa auch um die Frage gehen, wie sich eine gute Wissensverschränkung mit anderen Meta-Plattformen derart entwickeln lässt, dass sich bei entsprechenden aktuellen Anlässen komplexe Hintergrundinformationen mühelos aufrufen lassen. Die BBE-Homepage hingegen sollte tagesaktuell, dynamisch und interaktiv sein und mit dem archivierten Wissen eng verbunden sein, ohne davon überfrachtet zu werden.

Das Forum Digitale Bürgergesellschaft soll sich über einen Zeitraum von zwei Jahren erstrecken und möglichst Anfang 2020 starten. Bei der Realisierung will das BBE auf die bewährten Netzwerkstrukturen zurückgreifen und sucht die Kooperation mit geeigneten Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat.

Autoren

Dr. Serge Embacher, Politikwissenschaftler und Publizist, arbeitet in der Geschäftsstelle des BBE.

Kontakt: serge.embacher@b-b-e.de

PD Dr. Ansgar Klein, Dip.-Soz., Dr. Phil., seit 2002 (Gründungs-)Geschäftsführer des BBE; Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (Lehrstuhl Prof. Münkler, Politische Theorie) und Publizist.

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de